

22. Febr. 1916.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 22. Februar 1916.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Der nach langer Zwischenzeit wieder versammelte Gemeinderat ist beschlußfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Bevor wir in die Verhandlungen eintreten, wollen Sie mir einige Worte gestatten, welche mir der gegenwärtige Anlaß zu erfordern scheint. Eine Anzahl Kollegen und zwar die Gemeinderäte Altmayer, Angermayer, Dr. v. Basohlé, Hiber, Ellend, Dr. Glasauer, Cohout, Dr. Henala, Moißl, Nemetz, Dr. Popovac, Stein und Vaugoin sowie Herr Bezirksvorsteher Blasel können nicht in unserer Mitte erscheinen, weil sie in Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht unter Waffen stehen. Wir denken in diesem Augenblicke an so viele tausende Wiener Kinder, welche zur Zeit mit Leib und Leben für unser gemeinsames Vaterland, für die heimatliche Scholle kämpfen. Lassen unsere lieben getreuen Stadtgenossen möchte ich am Beginne unserer heutigen Sitzung im Namen von uns allen und im Namen unserer Stadt aus vollem Herzen unseren Dank und unsere Liebe widmen.

Die Gemeinderäte erheben sich von den Sitzen und lebhaftes Bravo und Heilrufe werden laut.

Auf allen Kriegsschauplätzen haben unsere Wiener schon gekämpft und Sieg und Sieg in Feindesland getragen. Tausende unserer eisernen Söhne und Brüder haben ihre Treue zu Kaiser und Reich mit Blut und Tod besiegelt. An die toten Helden, ebenso an die Wunden und Kranken, welche fürs Vaterland litten und leiden, lassen Sie uns heute in ärmster Liebe erinnert sein, ihrer Verdienste bleiben der Mit- und Nachwelt unvergessen. Den Lebenden aber im Felde wollen wir mit herzlichster, dankbarster Treue wärmsten Gruß entbieten, Heil und Sieg ihnen wie bisher und nach dem vollen Siege freudige Heimkehr in ihre geliebte Vaterstadt! Ferner lassen Sie mich in dieser dankwürdigen Stunde, die uns wieder zu gemeinsamer Beratung im Dienste der Stadt versammelt hat, wärmstens aller jener Frauen und Männer gedenken, welche mit begeisterter Hingabe und in gesteigerter Pflichterfüllung freiwillige Opfer herrlicher Vaterlands- und Nächstenliebe leisten. Ich erachte es als eine Pflicht des Wiener Gemeinderates, der gesamten Wiener Bevölkerung auf das innigste und mit voller Achtung für das zu danken, was sie bisher als echte Helden an vaterländischer Treue, an gemütreicher Erfüllung von Pflicht und Opfern dargebracht haben. (Zustimmung).

Den Danke schließe ich die Bitte an, nicht zu wanken und nicht zu erodieren, als Heimkrieger und schlichte Soldaten der Nächstenliebe wollen wir unserer Helden an der Front nicht unwert sein und ausharren bis zu einem glücklichen Ende. (Bravo und Heilrufe)

Bgm. Dr. Weiskirchner fährt dann fort: Seit der letzten Sitzung des Gemeinderates haben wir den Verlust dreier verdienter Mitglieder unserer Körperschaft zu beklagen. Es sind dies die Gemeinderäte kais. Rat Karl Ahorner, Leopold Winarsky und Wenzel Oppenberger.

Karl Ahorner am 15. Juli 1842 in Wien geboren, hatte durch Fleiß und Begabung sein Gewerbeunternehmen zu einer bedeutenden Größe und zu Ansehen gebracht. Er war das Vorbild des alten Bürgers und Wiener Gewerbetreibenden der auf gediegene Ware und den Ruf seiner Erzeugnisse den größten Wert legte. Sein Wirken wurde an Allerhöchster Stelle ausgezeichnet durch die Verleihung des Titels eines kaiserlichen Rates und eines Hoflieferanten. Der Gemeinderat hat seine Verdienste durch die Verleihung der doppelt grossen goldenen Salvatormedaille gewürdigt. Im Gemeinderate vertrat er seit Mai 1900 den ersten Wahlkörper des 7. Bezirkes und war durch sein liebenswürdiges Auftreten und seine rühmliche würdige Art, mit welcher er an den Verhandlungen teilnahm, allenthalben beliebt und gerne gesehen.

Wenn ich aus seiner reichen Tätigkeit eines hervorheben möchte, so ist es die Stille bescheidene, aber undankbare Tätigkeit im Komitee für die Uebernahme von Materialien - Er hat in dieser Beziehung geradezu reformatorisch gewirkt und wir werden gewisse sein Andenken immer in Treuen halten.

Winarsky war am 20. April 1877 in Brünn geboren, wandte sich zunächst dem Tapezierergewerbe zu und Talent und Neigung führten ihn bald zur Politik. Durch Selbststudium eignete er sich bald ein umfassendes Wissen insbesondere auf nationalökonomischen und sozialpolitischen Gebiete an. Er gehörte zuerst als Vertreter des 3. Stabsbezirkes Friedland und hernach als Vertreter des Wahlkreises Landstrasse II. dem Abgeordnetenhaus an und vertrat seit Mai 1900 den vierten Wahlkörper des 20. Bezirkes im Gemeinderate. In unserer Mitte hatte er oft Gelegenheit seine reiche Begabung und seine weitreichenden Kenntnisse zu verwerten; insbesondere war es das Gebiet der Arbeiterfürsorge und der Fürsorge für die gewerbliche Jugend, dem er sein besonderes Interesse gewidmet hat.

Oppenberger war am 9. August 1853 geboren und betätigte sich in einem Approvisionierungsgewerbe. In der Wiener Gemeindeverwaltung hat er durch viele Jahre eine bedeutende Rolle gespielt. Er vertrat seit dem Jahre 1895 den 7. Wahlkörper des 8. Bezirkes im Gemeinderat und Stadtrat und nahm an allen grossen Werken, die in diesem Stadtteile durchgeführt wurden, einen hervorragenden Anteil.

In einer Reihe von Kommissionen und Komitees war Oppenberger unermülich tätig und hat alles besorgt, seine reiche Begabung in den Dienst seiner Vaterstadt zu stellen - Er hat auch dem

Landtage angehört und in der letzten Session den Bezirk Leopoldstadt vertreten.

Die verbliebenen Kollegen haben sich um die Gemeinde Wien dauernde Verdienste erworben, wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Herren Kollegen haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich werde die Trauerkundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleiben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben ~~die~~ G.R. Lohner Dr. Neumayer, und Richter entschuldigt.

Ich habe heute von Seite des Kommandanten der Skiabteilung ein Telegramm erhalten: ( Die G.R. erheben sich von den Sitzen )

Ich glaube, dass der Gemeinderat einmütig sein tiefstes Beileid zu dem entsetzlichen Unglück ausspricht, welches unsere Skiabteilung bei Bischofshofen getroffen hat. Nach dem Telegramme das mir von Seite des Oberleutnant Schaffran, dem Leiter des Ski-kurses zugekommen ist, haben auch 5 Wiener bei dem entsetzlichen Unglücke das Leben eingebüßt. Es sind dies die Herren Georg Breunig, Franz Mahrer, Franz Roenovski, Josef Schönau und Leopold Hoffmann. Ich habe veranlasst, dass die Familien in schonender Weise von diesem Verluste in Kenntnis gesetzt werden und erbitte mir vom Gemeinderate die Ermächtigung, dass die Leichen, welche morgen um 6 Uhr früh in Wien ankommen werden auf Gemeindekosten begraben werden und zwar in einer separaten Abteilung der Helden damit sie endlich wie die verunglückten Flieger friedlich zusammen ruhen sollen und den ewigen Schlaf träumen. ( Zustimmung )

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattet den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung während des Krieges und führt aus: In ganz ungewöhnlicher Weise trete ich heute an den Referententisch, um für die Referenten, für die Herren Stadträte als Generalreferent mir die Absolution des Gemeinderates zu erbitten. Es sind über 600 Referate, welche ich zu vertreten habe und Sie werden mir nicht zumuten, daß ich über jeden einzelnen Punkt der Tagesordnung Bericht erstatte, denn sonst würden wir noch morgen beisamensitzen. Ich werde mich damit begnügen, daß ich im allgemeinen die Referate charakterisiere. Bald nach Beginn des Krieges, am 22. September 1914 hat eine Sitzung des Wiener Gemeinderates stattgefunden, in der er die bis dahin notwendig gewordenen Beschlüsse des Stadtrates und meine Verfügungen genehmigt und mich - in der Voraussicht daß der Krieg nur wenige Monate dauern wird und wir recht bald zu gemeinsamer Beratung zusammentreten können - für die Dauer des Krieges zustandes ermächtigt hat, alle in der Gemeindeverwaltung notwen-

digen Anordnungen und Verfügungen zu treffen. Ueber die Dauer des Krieges war wohl alle in einem Irrtume befangen und auch heute noch stehen wir mitten im lodernen Weltkriege, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Ich muß gestehen, daß die Kriegsverhältnisse es leider mit sich gebracht haben, daß der Wiener Gemeinderat weit länger, als man seinerzeit gedacht, seine Tätigkeit nicht aufnehmen in der Lage war. Ich muß es wohl unterlassen, jetzt alle Gründe anzuführen, die hierfür bestimmend gewesen sind. Ich kann aber darauf verweisen, daß ich die ganze Zeit über Gewicht darauf gelegt habe, die Vertreter sämtlicher Gemeinderatsparteien über alle wichtigen Angelegenheiten im Laufenden zu erhalten und ich darf mit Genugtuung feststellen, daß in den anderthalb Jahren die Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates mit Rat und Tat an allen wichtigen Vorkommnissen der Gemeindeverwaltung mitgewirkt hat und daß alle Angelegenheiten von wesentlicher Bedeutung im Einvernehmen mit ihr und mit ihrer vollen Zustimmung erledigt worden sind.

Ich ergreife gerne die Gelegenheit, allen Kollegen, die in der Obmännerkonferenz an meiner Seite wirken, ausnahmslos meinen herzlichsten Dank auszusprechen. (lebhafter Beifall).

Ich habe es aber auch für notwendig gehalten, sämtliche Herren Gemeinderäte über jene Angelegenheiten, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, fortwährend, so weit als möglich, in Kenntnis zu erhalten und zu diesem Zwecke veranlagt, daß den Herren die üblichen Beilagen z. zw. jeweilig zugesendet werden. Ich darf also wohl annehmen, daß die Herren Gemeinderäte über die meisten wichtigeren Angelegenheiten, die heute auf der Tagesordnung des Gemeinderates stehen, entsprechend unterrichtet sind und die dazu gehörigen Behelfe ~~mir~~ schon seit längerer Zeit in Händen haben. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist begreiflicherweise eine ziemlich umfangreiche, für die öffentliche Sitzung sind über 600 Stücke aufgenommen und auch die Zahl der Stücke für die vertrauliche Sitzung beläuft sich auf einige Hundert, diese Tagesordnung ist über meine Anordnung während der gemeinderatslosen Zeit fortlaufend vorbereitet und zusammengestellt worden, damit sie jederzeit, sobald die Einberufung keiner Gemeinderatssitzung erfolgen konnte, zur Verfügung gestanden wäre. Die Geschäftsstücke sind daher auf ihr in der zeitlichen Reihenfolge verzeichnet, in der sie im Stadtrate zur Verhandlung gekommen sind. Dies trifft im allgemeinen auch bezüglich jener Geschäftsstücke zu, die ich wegen ihrer Dringlichkeit oder sonst aus besonderen Rücksichten auf Grund der mir vom Gemeinderate erteilten Ermächtigung zunächst selbst erledigt habe und die dann erst später dem Stadtrate zur

2

nachträglichen Genehmigung vorgelegt worden sind. Eine Scheidung ist nur gemacht bezüglich jener Geschäftsstücke, die in die öffentliche und in die vertrauliche Sitzung gehören und unter den ersteren wieder bezüglich der Geschäftsstücke über die nach dem Statute eine qualifizierte Beschlussfassung erforderlich ist.

Nach der mir in der Gemeinderatsitzung vom 22. September 1914 erteilten Ermächtigung habe ich die dem Gemeinderate vorbehaltenen Geschäftsstücke in einem mir geeignet erscheinenden Zeitpunkt, spätestens nach Beendigung des Kriegszustandes zu unterbreiten. Ich habe mich nun verpflichtet gefühlt, alle diese Geschäftsstücke, soweit es nur möglich ist, dem Gemeinderate schon in der ersten Sitzung, die einberufen werden konnte, zu unterbreiten, um dem Gemeinderate Gelegenheit zu geben, ehestens seine statutarische Berechtigung auszuüben.

Ich möchte nur heute schon betonen, dass es immerhin denkbar wäre, dass noch das eine oder andere Stück, welches sich in Aemtern im Laufen befindet, erst in einer späteren Sitzung dem Gemeinderat vorgelegt werden kann. Die übergrosse Mehrzahl der auf der heutigen Tagesordnung verzeichneten Geschäftsstücke sind ja auch solche, die auch unter gewöhnlichen Verhältnissen ohne weiteres die Genehmigung des Gemeinderates gefunden hätten oder denen sie ihre Zustimmung nicht versagt hätten. In dieser Beziehung haben Sie ja Ihre Erklärungen abgegeben und ich hoffe, Ihre Genehmigung für diese Geschäftsstücke zu finden. Ich glaube, dass wohl kaum die normale Behandlung aller Ihnen vorliegenden Punkte der Tagesordnung eintreten kann und dass unter diesen aussergewöhnlichen Verhältnissen auch eine ausserordentliche Behandlung des Budgets erfolgen muss. Ich werde diesbezüglich unter den Parteien ein Einvernehmen pflegen um entsprechend der Würde des Gemeinderates, der Bedeutung der Sache und auch der Zeit in der wir leben, zu unseren Beschlüssen zu kommen.

Was die übrigen auf der Tagesordnung verzeichneten Geschäftsstücke betrifft, so möchte ich insbesondere einen Gegenstand hervorheben, und zwar die Approvisionierung. Die Gemeindevertretung hat sich gleich zu Beginn des Krieges bemüht gesehen, auf diesem Gebiete helfend einzugreifen. Sie erlauben mir aber dazu noch ein Wort. Der Weg war für Ihren Bürgermeister ein Leidensweg (lebhafter Beifall), denn es war viel weniger bedeutungsvoll etwas zu kaufen, als das Gekaufte auch zu bekommen. Wenn ich bedenke, dass Schlüsse, welche ich vor mehr als Jahresfrist gemacht habe, erst jetzt allmählich zur Realisierung kommen, dass alle Bestrebungen zu einer rascheren Erlangung in der Zwischenzeit erfolglos gewesen sind, wenn ~~die Gemeinde nicht in einer gewissen Weise~~ noch die Gemeinde nicht in einer gewissen Weise von den Behörden befunde hätte, welche im Interesse der Versorgung einer 2.000.000 tadt notwendig gewesen wäre, wenn wir auch noch unser Verhältnis

~~zu Ungunsten bedenten, dass das unter dem obigen genannten~~  
~~Verhältnis, welches sich vorliegt, ist~~. (Lebhafter Beifall).

Dabei ist die schwierigste Zeit noch nicht überstanden. Stadtrat und Obmännerkonferenz haben wir zu Beginn des Krieges für diese Zwecke einen Kredit von 20.000.000 Kronen zur Verfügung gestellt. Der Umsatz in der Approvisionierung beträgt laut der in Ihren Händen befindlichen Vorlagen 94.000.000 Kronen und wenn ich dazu noch die aus den Mitteln der Zentralstelle angekauften Vorräte hinzurechnet kommen wir auf einen Betrag von 100.000.000 Kronen welchen die Gemeinde für Approvisionierungszwecke aufgewendet hat. Das bedeutendste Geschäft darunter war das Mehlgeschäft, welches durch die Regierungsverordnung in die Hände der Gemeinde gelegt wurde und welches sich die Gemeinde bemüht hat, allen Anforderungen entsprechend zu gestalten. Die Vorräte der Gemeinde sind in ihren Werten hoch, aber ich hoffe dass wir mit nicht allzu bedeutenden Verlusten durchkommen werden. Einer der grössten Verluste wird sich beim Kartoffelgeschäfte ergeben, das liegt aber nicht in der Schuld der Gemeinde, sondern in der der Kartoffel, die hier so wasserreich waren, dass sie sich zur Aufbewahrung weniger eigneten und in der Art der Zustreifung, denn wir haben sehr oft die Kartoffel erfroren übernehmen müssen. Ich kann Ihnen heute noch keinen detaillierten Bericht darüber vorlegen, hoffe aber dies bald tun zu können.

Von sonstigen wichtigen Approvisionierungsmassnahmen möchte ich vor allem den Bau des städtischen Kühlhauses erwähnen, der insbesondere im Interesse der Fleischversorgung auch nach dem Kriege notwendig erschien und so dringlich gefördert wurde, dass ich hoffe, in etwa 3 Wochen dem gesamten Gemeinderate Gelegenheit zu geben, der Eröffnung beizuwohnen. Auch in dieser Beziehung haben mich die Angehörigen der verschiedenen Parteien im Kühlauschuss unterstutzt. Wir haben inzwischen in einem Kühlhause in Dresden Fleisch bereits eingelagert, dies wird dann gefort nach Wien gebracht und als Erstes in unserm Kühlhause eingelagert. Von Wichtigkeit ist ferner die Errichtung der neuen Getreidespeicher am Freudnauer Winterhafen, die durch Anregung der Gemeinde in denkenwerter Weise von der Donauregulierungskommission errichtet und auch von der Regierung, insbesondere der Eisenbahnverwaltung wirksam unterstützt worden ist. Diese Woche hat bereits mit der Einlagerung von Frucht begonnen werden. Auch dieses Werk wird hoffentlich noch im Frieden weiter segensreich wirken und dazu dienen, dass der Winterhafen endlich seinem Zwecke zugeführt und ihn beleben wird, auf dass er seiner Bestimmung als Stappelpplatz für Frucht und Getreide zu dienen, zugeführt werden kann. Auch den Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens durch den Krieg war die Gemeinde bemüht

nach Kräften abzuwehren. Nachdem schon der Gemeinderat die Übernahme einer Ausfallgarantie für die von der Handels- und Gewerbekammer geschaffene Kriegskreditbank genehmigt hat, wurde in Anlehnung an dieselbe für die Kunstgewerbetreibenden, deren besondere Verhältnisse im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Kriegskreditbank nicht Berücksichtigung finden konnten, eine eigene Kriegshilfestelle errichtet, an der sich Gemeinde, Land und Handels- und Gewerbekammer gleichmässig beteiligten. Auch an der von den Hausherrn gegründeten Milchdarlehenskasse hat sich die Gemeinde Wien durch Übernahme einer Ausfallgarantie ähnlich wie bei der Kriegsdarlehenskasse mitgewirkt. Den mit Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde betrauten Gewerbetreibenden sollte eine Erleichterung ihrer Kreditverhältnisse dadurch geboten werden, dass die Gemeinde auf den Erlag der in den allgemeinen Bedingungen vorgeschriebenen Kauttionen verzichtet und die bereits erliegenden Kauttionen über Verlangen zurückstellte. Den durch die Kriegsverhältnisse besonders bedrängten bildenden Künstlern wurde - abgesehen von den nach Maßgabe der verfügbaren Mittel erfolgenden Ankäufen - durch Ausschreibung von Preiswettbewerben zu helfen gesucht, der Konzerthausgesellschaft sowie der Gesellschaft der Musikfreunde die Zahlung der Feuerwachgebühren erlassen. Von ziemlichen Nutzen für die Bevölkerung, die infolge des Krieges ihre Wohnung oder Werkstatt aufzugeben genötigt ist, haben sich die von der Gemeinde geschaffenen Aufbewahrungsräume für Möbel und Werkstatteinrichtungen erwiesen. Solche Depots sind, wie aus der Tagesordnung zu entnehmen ist, bereits in grösserer Anzahl in verschiedenen städtischen Gebäuden errichtet worden und werden häufig in Anspruch genommen; es wird durch sie der wichtige Zweck erreicht, dass die Verschleuderung von Habeeligkeiten insbesondere von gewerblichen Betriebsmitteln in augenblicklicher Bedrängnis hintangehalten wird.

Eine Reihe von Referaten der heutigen Tagesordnung betrifft die Verhältnisse der städtischen Angestellten. Vor allem war die Gemeinde darauf bedacht, diejenigen Angestellten, die zum Kriegsdienste einrückten mussten, vor etwa daraus erscheidenden Nachteilen möglichst zu bewahren. In dieser Beziehung möchte ich den Stadtratsbeschluss hervorheben, wonach eine Verunglückung im Kriege hinsichtlich der Ruhe- und Versorgungsgeldese einer Verunglückung im städtischen Dienste gleichgehalten werden soll. Da ferner die für die grosse Mehrzahl der städtischen Bediensteten in Betracht kommende Zeitbeförderung nach den hiefür geltenden Gemeinderatsbeschlüssen von einer entsprechenden Qualifikation ihrer Dienstleistung während des vorausgegangenen Jahres abhängt, die zum Kriegsdienste Eingrückten aber nicht qualifiziert werden konnten, wurde vom Stadtrate beschlossen, dass sie auch ohne die vorgeschriebene förmliche Qualifikation befördert werden, wenn nach ihrem ganzen bisherigen

Verhalten die Beförderung gerechtfertigt erscheint. Die Herren sollen nicht zurückkommen und das durch die Untätigen präferiert werden. (Lebhafte Zustimmung).

Der durch die Kriegsteuerung entstandenen Notlage der kleinen Angestellten suchte der Stadtrat durch seine Beschlüsse über Gewährung von Kriegszulagen an die Angestellten bis zu einem gewissen Höchstsätze zu begegnen. Bei der Festsetzung dieser Kriegszulage ist der Stadtrat von dem Gesichtspunkte ausgegangen, dass sie als Zulage einer anderen Abstufung als nach dem Familienstande des Bediensteten nicht bedürfe und bei der Bestimmung des Ausmasses der ~~Fixangestellten~~ Zulage und der Bezugsgrenzen, bis zu denen sie gewährt wurde, glaubte der Stadtrat darauf Rücksicht nehmen zu müssen, dass der erforderliche Aufwand doch noch mit einiger Wahrscheinlichkeit in den ordentlichen Einnahmen der Gemeinde Deckung finden werde. Wir waren uns wohl bewusst, dass die Gabe für den einzelnen eine bescheidene war, aber wir haben bei der Gemeinde einen hohen Multiplikator und diese kleinen Gaben für den Einzelnen multipliziert mit der Zahl der Angestellten wächst zu einer Riesensumme. Bisher erfordern die Kriegszulagen bereits einen Aufwand von 4 Millionen Kronen. Diesen wollen wir noch halbwegs im Rahmen des Budget herbringen, es sind aber neue Forderungen herangetreten und da muss ich auch hier im Gemeinderate erklären, dass die Anschauung als ob wir erhöhte Auslagen durch Schulden decken können nicht meine Zustimmung findet. (Zustimmung) Wie soll sich der Kredit der Gemeinde gestalten - wenn wir laufende Auslagen in Anleiheungswege decken. Dazu kommt, dass diese Verhältnisse, die die Zulagen notwendig machen mit Ende dieses Jahres ja noch nicht aufhören sondern auch nach Kriegschluss fort dauern werden. Ich bin sehr gerne bereit, wie ich es mein ganzes Leben getan habe, der Fixangestellten nicht zu vergessen und der Magistrat ist auch bereits von mir beauftragt, darüber Bericht zu erstatten, so dass wir uns in der nächsten Zeit mit dieser Frage befassen können.

Der Krieg, der eine sehr grosse Zahl unserer Angestellten unter die Fahnen rief, hat es mit sich gebracht, dass die Beschaffung von Ersatzpersonal immer schwieriger wurde. Der Stadtrat musste daher wiederholt Beschlüsse fassen, durch welche die Aufnahmebedingungen für solches Ersatzpersonal insbesondere die Altersgrenzbestimmungen erleichtert wurden. Es war aber auch unvermeidlich, in zahlreichen städtischen Verwaltungszweigen, vor allem bei den städtischen Strassenbahnen, weibliche Personen in den Dienst zu stellen und es kann wohl gesagt werden, dass diese weiblichen Ersatzkräfte den an sie gestellten Anforderungen in recht zufriedenstellender Weise entsprechen.

3

Von den Referaten finanzieller Natur, die auf der Tagesordnung stehen, seien in erster Linie die Beschlüsse über die Kriegsanleihezeichnungen der Gemeinde hervorgehoben. Mit dem Stadtratsbeschlusse vom 12. November 1914 wurde ich ermächtigt, auf die erste Kriegsanleihe für die Gemeinde, ihre Unternehmungen und Anstalten mindestens 20 Millionen Kronen zu zeichnen. Unter Heranziehung der Gemeindeparkassen war es möglich, die Zeichnung auf 28.730.000 K zu steigern. An der zweiten Kriegsanleihe, die unter dem Eindrucke der italienischen Kriegserklärung stattfand, beteiligte sich die Gemeinde mit 30 Mill. K, in der dritten, im Oktober 1915 mit nahezu 58 genau 57,8 Mill. Kronen. Die gesamten bisherigen Kriegsanleihezeichnungen der Gemeinde, ihrer Fonds und Anstalten belaufen sich bisher auf ~~116.630.000~~ 116.630.000 K, wovon etwa ein Drittel d. i. 36 Millionen Kronen auf Zeichnungen der eigenen Gelder der Gemeinde entfällt; die übrigen Zeichnungen verteilen sich auf die Gemeindeparkassen, die Gemeindeversicherungsanstalt und die Fonds der städtischen Unternehmungen. Es kann mit einigem Grunde behauptet werden, daß die Zeichnungen der Gemeinde Wien vielfach beispielgebend gewesen sind. Eine ganze Reihe der vorliegenden Referate betrifft die Gewährung von Subventionen. Obwohl die Finanzen der Gemeinde Wien vom Kriege keineswegs unberührt geblieben sind, hat der Stadtrat es dennoch als eine Pflicht der Gemeinde angesehen, an den bisher bewilligten Subventionen keine Einschränkung vorzunehmen, sondern im Falle besonderen Bedarfes sogar noch reichlicher zu geben als sonst. Besonders berücksichtigungswert erschienen alle jene Einrichtungen, die sich mit der Krankenpflege, namentlich mit der Pflege kranker und verwundeter Krieger befassen. So wurden der Gesellschaft vom Roten Kreuz, der schon bei Kriegsbeginn 100.000 K zugewendet worden waren, im Oktober 1914 und Mai 1915 je weitere 100.000 K bewilligt, dem Roten Halbmond und dem bulgarischen Roten Kreuz wurden 20.000 bzw. 10.000 K gespendet, dem Hilfsverein für Reichsdeutsche in Wien in Erwiderung einer gleichartigen Aktion der Berliner Gemeindeverwaltung 40.000 K, dem Landesausschuss von Görz für Flüchtlingsfürsorge 25.000 K u. s. w. Die bisher dem Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder bewilligte Subvention von 110.000 K wurde für die Jahre 1914 und 1915 der Ausweiseaktion der Gemeinde für Bedürftige überwiesen, da dieselbe auch die Verköstigung armer Kinder mitbewirkt. Besonders erwähnen will ich noch den Stadtratsbeschlusse vom 23. Juni 1915, mit welchem anlässlich der glorreichen Siege in Galizien ein Betrag von rund 120.000 K zur Schaffung von 300 Polizisten für Kinder gefallener Wiener gewidmet wurde. Selbstverständlich konnte die Gemeinde Wien Weihnachten 1914 und 1915 nicht vorübergehen lassen, ohne der im Felde stehenden

Wiener Truppen durch Weihnachtsgaben zu gedenken. Beidemals wurden Geschenke im Werte von über 100.000 K zumeist die stets ersehnten Zigarren und Zigaretten unseren braven Feldgrauen zugesendet und zahllose Feldkarten bezogen, wie viel Freude unsere Weihnachtsgaben hervorgerufen haben. Auch an den Liebesgabensammlungen für die türkischen und die bulgarischen Soldaten hat die Gemeinde sich mit entsprechenden Spenden beteiligt. Ein Stadtratsbeschlusse, der wohl auch die allgemeine Zustimmung des Gemeinderates finden wird, hat den aus Deutschland herüber gekommenen Gedanken der Schaffung von Kriegerheimstätten aufgenommen und der Verwirklichung näher gebracht. Die Gemeinde Wien muss wohl auch in dieser hoch bedeutsamen Frage beispielgebend vorgehen. Der Wiener Stadtrat hat daher seinerseits gewisse allgemeine Grundsätze aufgestellt, die nach seiner Ansicht eine erfolgreiche Durchführung der Idee verbürgen, andererseits aber auch sofort den Plan für eine solche Siedlung im XXI. Bezirke und zwar für etwa 700 Familien ausarbeiten lassen und dieser der Grundwidmung einen sehr beträchtlichen Teil der Baukosten unter der Voraussetzung auf die Gemeinde übernommen, dass auch Staat und Land sich zu angemessenen Beiträge verpflichten. Dieser Stadtratsbeschlusse befindet sich auf der Ihnen vorliegenden Tagesordnung - ich habe jedoch im Einvernehmen mit den Obmännern der Parteien verfügt, dass er aus der Tagesordnung der heutigen Sitzung herausgenommen wird um ihn einer separaten Behandlung zu unterziehen. Die Errichtung von Kriegerheimstätten geht ja schliesslich ueber kurrente Angelegenheiten hinaus und die Idee erfordert auch hier im Gemeinderate eine Beratung und Besprechung. Ich werde daher diesen Punkt auf die Tagesordnung nächster der nächsten Sitzungen stellen und hoffe, dass bis dahin auch die Verhandlungen mit der Regierung abgeschlossen sind. Auch mit den Kriegern, die nicht mehr heimkehren, beschäftige ich einige der vorliegenden Beschlüsse. Aus der Kriegergrabstätte, die der Wiener Gemeinderat auf dem Zentralfriedhofe gewidmet hat, ist leider bereits ein grosses Gräberfeld geworden, viele Tausende schlafen schon dort den ewigen Schlaf, sodass mehrfache Erweiterungen in der Anlage notwendig geworden sind. Eine Reihe von Grunderwerbungen in Ottakring und Hernals dient der Idee der Errichtung von Gartenanlagen als einen Pietätsakt für die Gefallenen Helden; es soll nämlich für jeden gefallenen Wiener eine Eiche gepflanzt werden. Es entstehen dadurch ganze Anlagen, die auch die Möglichkeit bieten, kleinere Monumente & Erinnerungsdenkmal etc. dort aufzustellen. Ich glaube hiermit die wichtigsten Punkte der vorliegenden Tagesordnung kurz berührt zu haben.

Der Bürgermeister macht zum Schlusse einen Vorschlag, die von ihm vorgelegten Referate durch zwei Abstimmungen zu erledigen. Die erste Abstimmung soll sich auf jene Geschäftsstücke beziehen, die einer qualifizierten Anzahl von anwesenden Gemeinderäten und einer Beschlussfassung mit mehr als 30 Stimmen bedürfen. Durch die zweite Abstimmung sollen die anderen Geschäftsstücke erledigt werden. Ich danke Ihnen, sagt der Bürgermeister, im vorhinein für Ihre Beschlüsse, welche mir die Befähigung für viele Mühe und Arbeiten gewähren werden. (Beifall). Unter allgemeiner Aufmerksamkeit gaben sodann die Vertreter der einzelnen Parteien Ihre Erklärungen ab. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderäte sprach G. R. Reumann: Wir Sozialdemokraten, welche die Tätigkeit der verfassungsmässig errichteten Institutionen auch in diesem Kriege als unabwiesbar notwendig betrachten, sprechen unsere Befriedigung über die endlich erfolgte Aufnahme der ordnungsmässigen Tätigkeit des Wiener Gemeinderates, deren freiwillige Sistierung allzulange währte aus. Damit wird automatisch die am 22. September 1914 unter dem Eindrucke der Kriegsergebnisse dem Bürgermeister erteilte Ermächtigung ausgeschaltet. Unsere Bestrebungen sind nunmehr dahin gerichtet, dem Gemeinderate so rasch als möglich von der Belastung durch die zahlreichen, der nachträglichen Genehmigung harrenden Geschäftsstücke zu befreien, damit die Bahn frei wird, für eine dem Wohle der Bevölkerung dienende erpriessliche Arbeit. Ohne uns irgendwelche Schranken im Bezug auf die für geboten erachtete Haltung aufzuerlegen, werden Sie uns einig finden in dem Gedanken der durch die Last des Krieges gedrückten Bevölkerung zu dienen. Das sind wir schuldig den Männern die gezwungen sind an der Front mit der Waffe in der Hand ihre harte Pflicht zu erfüllen, das sind wir schuldig allen denen, die im Hinterland unter den Folgen des Krieges zu leiden haben. Jeder einzelne von uns ist sich der Verantwortung die er zu tragen hat, wohl bewusst und steht unter dem Eindrucke, das nichts geschehen darf, das geeignet wäre, irgendwie die Autonomie der Gemeinde zu gefährden. (Beifall.) Unter diesem Eindruck zu handeln sind wir uns bewusst auch ein Stück Arbeit für den Frieden zu leisten. Wir genehmigen ohne in eine Debatte einzugehen nachträglich jene Geschäftsstücke die in dem Stadtrate sowie zum Teile auch der Obmännerkonferenz bereits zur Beschlussfassung vorgelegen sind und versagen uns jegliche Kritik, die an einzelnen Beschlüssen zu üben wären. So hegen wir die Hoffnung, dass der reg. regelmässigen Tätigkeit des Wiener Gemeinderates keinerlei Hindernisse mehr bereitet werden. Gemeinderat Dr. Hein: Im Namen des Verbandes der bürgerlich-freieitlichen Gemeinderäte gebe ich nachstehende

Erklärung ab: Wir fax haben der Aufforderung des Herrn Bürgermeisters zur Teilnahme an den Obmännerkonferenzen bereitwillig Folge geleistet, weil wir seit jeher der Anschauung sind, das alle Parteien des Gemeinderates zur Teilnahme an der Verwaltung gleichmässig berechtigt sind und verpflichtet sind. Wir geben demnach allen jenen Verfügungen und Beschlüssen, welche unter Mitwirkung der Vertreter unseres Verbandeszustande gekommen sind, vorbehaltlos unsere Zustimmung. Insoweit es sich um Beschlüsse des Stadtrates handelt, von welchen die Minorität ausgeschlossen ist, erheben wir gegen die Pauschalerledigung nur unter ausdrücklichem Vorbehalt unserer Kritik für einen späteren Zeitpunkt und nur im Interesse der Wiederaufnahme der ordnungsmässigen Tätigkeit des Gemeinderates und im Hinblick auf die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse keine Einwendung. Wir erneuern bei diesem Anlasse mit allem Nachdruck die Forderung nach perzentueller Vertretung der Minorität im Stadtrat und in sämtlichen Ausschüssen, deren schnelligste Erfüllung im Interesse der Stadt Wien gelegen ist, zumal gerade in der gegenwärtigen Zeit das Zusammenwirken aller zum Wohle der gesamten Bevölkerung unbedingt notwendig ist. Gemeinderat Oberkurator Steiner: Die christlichsoziale Majorität des Gemeinderates hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, das die im Jahre 1916 fälligen Gemeinderatswahlen zu vollziehen sind, weil nur auf diese Weise die Kontinuität der Autonomie auf unverrückbar gesetzlicher Grundlage gesichert werden kann. Die Regierung hat in dem Erlasse an den Bürgermeister den gegenteiligen Standpunkt angenommen und erklärt, das sie bis auf weiteres Wahlen in die Gemeindevertretungen nicht zulassen könne, andererseits hat aber auch die Regierung den von anderer Seite gemachten Vorschlag, die Mandate durch ein kaiserliches Patent zu verlängern, abgelehnt. Die Regierung betont in ihrem Erlasse, das das Wahlgeschäft in den übertragenen Wirkungskreis gehört und ist diese Anschauung der Regierung auch durch ~~mehrfache~~ mehrfache Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes bestätigt worden. Ist diese Auffassung der Regierung richtig, das ist selbstverständlich für den Bürgermeister und die Gemeinde jeder Beschwerdeweg ausgeschlossen, da nach § 4 unseres Gemeindestatutes die Gemeinde Wien im übertragenen Wirkungskreis unmittelbar dem Statthalter untersteht und der untergeordneten Behörde ein Beschwerderecht gegen Verfügungen der Oberbehörde nicht zukommt. Allerdings hat die Regierung bezüglich anderer Korporationen den Standpunkt der automatischen Prolongation nicht angenommen und sind die Mandate der Landtagsabgeordneten von Niederösterreich im Jänner 1915 erloschen, ohne das irgend eine Regierungsverordnung erschienen wäre. Ganz merkwürdig aus

H

aber aus dem zitierten Erlasse die Anschauung der Regierung an-  
muten, daß gegen die Unterlassung der Wahlausschreibung keinem  
Wohler ein Beschwerderecht zukommt. Gegen diese Auffassung muß  
entschieden Verwahrung eingelegt werden.

Wenn der Sieg auf allen Schlachtfeldern errungen, der  
Friede in unser Vaterland eingekehrt sein wird, dann werden die  
berufenen Volksvertreter mit Ruhe und Klarheit die von der k. k.  
Regierung erlassenen Verordnungen auf ihre Notwendigkeit und  
Durchführbarkeit nachträglich eingehend prüfen. Sie werden  
bezüglich der Handhabung des Kriegsleistungsgesetzes Stellung  
nehmen, sie werden zu § 17 des Dienstreglements 1. Teil für da  
k.u.k. Heer und zur Handhabung der Pressezensur während der  
Kriegszeit ihre Meinung äußern dürfen müssen. Die Gemeindever-  
tretung wird die Erfahrungen, die sie während des Krieges in  
der kommunalen Verwaltung gemacht hat, ausnützen, insbesondere  
aber auf wirtschaftlichem Gebiete mit vielem Alten brechen und  
neue Wege wandeln müssen. Der Verwaltungsapparat der Stadt Wien  
wird seine volle Energie zu mobilisieren haben, um in den ersten  
Jahren nach dem Kriege die durch ihn geschlagenen Wunden zu  
heilen, gleichzeitig aber der zu erhoffenden außerordentlichen  
Entwicklung einer Millionenstadt Rechnung zu tragen. Nicht auf  
großsprecherische Prahlerei bei Banketten und Umzügen, wie  
unsere Gegner, sondern auf die zielbewußten, heldenmütigen  
Taten unserer glorreichen Kämpfer im Felde und unserer herrli-  
chen Verbündeten gründen wir die Hoffnung auf den sicheren  
Sieg, dessen Unterpand wir in unseren Händen halten.  
In voller Erkenntnis des Ernstes der Lage nehmen wir alle die  
Opfer auf uns, die dieser furchtbare Krieg uns auferlegt.  
Wir tragen sie aber im stolzen Selbstbewußtsein als Zeitgenos-  
sen der größten Geschehnisse und geloben uns durchzuhalten bis  
ans siegreiche Ende. Dann wollen wir die Früchte unseres  
Sieges in ernste Arbeit umgesetzt genießen und unseren Enkeln  
ein Vaterland bauen, in dem sie Glück und Wohlhahung  
finden sollen. Das walte Gott ! ( Lebhafter Beifall )

Bei der Abstimmung werden hierauf sämtliche Geschäftsstücke  
unter lautem Beifalle einstimmig angenommen-

BGM. Hr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.

VBGM. Hoss berichtet sodann über die Budget-provisorien  
vom 1- Juli 1915 bis 30- September 1915 und vom 1- Oktober 1915  
bis 31. März 1916 und sagt unter anderem :

Die Aemter haben den Voranschlag rechtzeitig fertiggestellt,  
der Stadtrat hat ihn in mehreren Sitzungen durchgearbeitet  
und es wurde nach den Beschlüssen des Stadtrates die Kxx Entwürfe  
den Herrn Gemeinderäten uebermittelt- Der Voranschlag hält sich  
im Rahmen der verfügbaren Mittel und der voraussichtlichen  
Gemeindeabgaben. Die Bestimmung der Gemeindeabgabenobliegt dem  
Gemeinderate. Nachdem mit Rücksicht auf die zur Zeit bestehenden

Kriegsergebnisse Gemeinderats-Sitzungen nicht abgehalten werden  
konnten, blieb kein anderer Weg übrig, als dass nach dem Be-  
schlüsse des Stadtrates Budget-provisorien bewilligt worden sind  
und der Herr Bürgermeister die entsprechenden Verfügungen getrof-  
fen hat. Am 23. Juli wurde ein Budget-provisorium für  
3 Monate bewilligt. Der Bürgermeister hat also die Absicht  
gehabt dem Gemeinderate ~~möglichst~~ möglichst bald Gelegenheit zu bieten  
sich mit dem Voranschläge zu beschäftigen. Die Beschlüsse des  
Stadtrates und die Verfügungen des Bürgermeisters wurden vom  
Statthalter genehmigt zur Kenntnis genommen. Vor Ablauf des  
September 1915 zeigte sich, dass die Verhältnisse nicht andere  
geworden sind und dass auch längere Zeit keine anderen eintreten  
dürften. Es musste sich daher der Stadtrat neuerdings mit einem  
Budgetprovisorium und zwar vom 1- Oktober 1915 bis 31. März 1916  
beschäftigen, wobei ebenfalls vom Statthalter die Zustimmung von  
den Verfügungen gegeben wurde. Ich bitte die beiden Provisorien  
nachträglich zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Dr. Hein Wir haben gegen die und dem Herrn Bürgermeister  
verfügten und vom Stadtrate angeordneten Budgetprovisorien  
Protest erhoben und Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof  
überreicht, weil dem Stadtrate nach dem klaren Wortlaute der  
Gemeindestatuten die kompetent zur Anordnung von Budgetprovisori-  
en nicht zusteht und die dem Herrn Bürgermeister mit dem  
Gemeinderatsbeschlusse vom 22. September 1914 erteilte Ermächtigung  
längst ihre Grundlage verloren hat und an sich zur Erlassung eines  
Budget-provisoriums keine Berechtigung gab. Da es uns jedoch voll-  
kommen ferne liegt der ordnungsgemässen Bestellung des Gemeindegau-  
haltes Hindernisse zu bereiten, werden wir unter Wahrung unseres  
Rechtsstandpunktes und unter Vorbehalt späterer Kritik unter  
den gegenwärtigen ausserordentlichen Verhältnissen für die  
Erteilung der Indemnität stimmen.

Bei der Abstimmung werden die beiden Budgetprovisorien  
angenommen.

Das vom ~~Kx~~ Vize-Bürgermeister Hoss hierauf vorgelegte  
Budget-provisorium für die Zeit vom 1. April 1916 bis 30 Juni  
1916 wird ohne Debatte genehmigt.

BGM. Dr. Weisskirchner : Ich breche die Verhandlung ab.  
Wie ich schon einleitend bemerkt habe erscheint es notwendig, dass  
wir über die Modalitäten in denen wir den ~~xxx~~ Punkt 4 der Tagesordnun-  
- Genehmigung des Hauptrechnungsabschlusses für das Jahr 1913  
und für das erste Halbjahr 1914, sowie das Hauptvoranschläges  
für das Verwaltungsjahr 1915/16 behandeln - , zuerst das Ein-  
vernehmen der Parteien erzielen- Ich danke den geehrten Herren  
und erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen-